



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Abwanderung von Spitzentechnologie verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Staaten in nationale und europäische Unternehmen künftig einer stärkeren Kontrolle unterliegen.

Insbesondere sollen industriepolitisch motivierte Übernahmen künftig verhindert werden können. Hierzu sind die Vorschläge aus dem Bundeswirtschaftsministerium zu unterstützen, wonach den Mitgliedstaaten der EU künftig erlaubt werden soll, den Kauf von Unternehmensanteilen durch Investoren aus Nicht-EU-Ländern unter gewissen Umständen zu verbieten.

Begründung:

KraussMaffei, Putzmeister, Kuka und nun Osram und Aixtron – gerade chinesische Firmen sind derzeit auf Einkaufstour in Deutschland. Bei näherer Betrachtung fällt dabei auf, dass sich hinter den Käuferfirmen aus Fernost häufig direkt oder indirekt der chinesische Staat verbirgt und gerade Technologieunternehmen in Schlüsselpositionen gefragt sind. Während für Direktinvestitionen in China hohe Hürden für ausländische Firmen gelten, ist der Zugriff auf den deutschen, bzw. europäischen Markt relativ unbeschränkt. Dieses Ungleichgewicht stellte unlängst auch Bundeswirtschaftsminister Gabriel fest: „Wir sind ein Land, in dem chinesische Unternehmen investieren können, aber wir wollen umgekehrt auch ein gleiches Spielfeld in China.“

Um industriepolitisch motivierte Übernahmen nationaler und europäischer Unternehmen zu unterbinden, schlägt das Bundeswirtschaftsministerium in einem Sechs-Punkte-Papier eine EU-Regelung vor, die es den einzelnen Mitgliedstaaten ermöglicht, den Kauf von Unternehmensanteilen durch Investoren aus Nicht-EU-Ländern zu verbieten. Dies soll möglich sein, wenn der Käufer mehr als 25 Prozent der Stimmrechte übernimmt und der Staat direkten Einfluss auf die Investition genommen hat oder im eigenen Land Direktinvestitionen beschränkt. Die Initiative findet offene Ohren in Brüssel: „Ich halte Gabriels Idee für sehr überlegenswert und gut“, so EU-Kommissar Oettinger. Investitionen müssten laut Oettinger international „nach den gleichen Spielregeln“ erfolgen.

Die Staatsregierung muss ihr bisheriges, passives Verhalten (z.B. im Falle Kuka) dringend ändern und sich auf Bundes- und Europaebene für Chancengleichheit bei internationalen Investitionen und gegen eine einseitige Abwanderung von Spitzentechnologie einsetzen.